



Foto: Björn Obmann

BERLIN PLASTIKFREI

Plastikabfall aus Einwegverpackungen hat eine miese Klimabilanz und verschmutzt die Weltmeere. Um diese Umweltsauerei zu stoppen, sammelt der BUND Unterschriften für eine Abgabe auf Einweg-to-go-Geschirr in Berlin. Mit den Erlösen sollen Mehrwegsysteme unterstützt werden.

Schon vor der Pandemie gab es ein Problem mit Wegwerfverpackungen. 2018 sammelten die Entsorgungsunternehmen deutschlandweit 18,9 Millionen Tonnen, 1991 waren es über drei Millionen Tonnen weniger. 2020 wuchs der Müllberg aus Leichtverpackungen um fast sechs Prozent, ein nicht unerheblicher Teil stammte aus der Gastronomie.

Wie sich das To-go-Unwesen während der Pandemie weiterentwickelte, als Restaurants monatelang Essen nur außer Haus verkaufen konnten, haben alle gesehen, die gelegentlich durch Grünanlagen oder an den Mülltonnen im eigenen Hof vorbeikommen: Plastikboxen, Aluschalen, Pizzakartons, Pappteller, beschichtete Becher, dazu jede Menge Deckel, Plastikbesteck, Papierservietten, Styropor, Alufolie und Plastik- oder Papiertüten für den Transport ...

Recycling ist überschätzt

Allein für die Reinigung von einigen ausgewählten Berliner Parks durch die BSR müssen die Steuerzahler*innen in diesem Jahr 14 Millionen Euro ausgeben – Geld, das man anderweitig besser investieren könnte. Doch die Verschmutzung des öffentlichen Raums ist nur die Spitze des Eis- beziehungsweise Müllbergs. Denn was geschieht mit dem korrekt entsorgten Müll aus Einwegverpackungen? Dasselbe wie mit den anderen Kunststoffprodukten: Von den 5,2 Millionen Tonnen Plastikmüll, die deutschlandweit im Jahr 2017 über gelbe Tonnen und Säcke eingesammelt wurden, gingen 3,1 Millionen Tonnen direkt in die Müllverbrennung. Dort setzen sie zusammen mit den Kunststoffprodukten aus dem Restmüll jede Menge Treibhausgas frei, schließlich handelt es sich um erdölbasierte Stoffe. Es ist daher ein dreister Fall von Greenwashing, wenn mehr Müllverbrennung als Klimaschutz deklariert wird, wie es derzeit in Brandenburg und Berlin geschieht (Seite 2).

Rund 900.000 Tonnen Plastikabfälle exportiert Deutschland in Länder wie zum Beispiel Malaysia, wo der weitere Verbleib völlig unklar ist. Eine Garantie, dass unser Plastikmüll nicht auf diesem Weg in die Weltmeere gelangt, kann niemand geben. Allerdings verlangt sie auch niemand, erst recht nicht die zuständigen Behörden. Am Ende gehen nur 15 Prozent des deutschen Plastikmülls ins Recycling. Wobei der Begriff Recycling irreführend ist, denn in den allermeisten Fällen handelt es sich um ein Downcycling: Aus dem Rezyklat einer Verpackung entsteht fast nie eine neue Verpackung, sondern meistens Produkte wie Parkbänke, Beeteinfassungen oder Abfalleimer. Von einer Kreislaufwirtschaft kann beim Kunststoff also keine Rede sein.

Mit Steuern steuern

Von der Politik auf nationaler oder EU-Ebene kommt derzeit wenig, um den To-go-Müll einzudämmen. Das seit Juli gültige europaweite Produktionsverbot von Einwegprodukten wie Trinkhalmen, Rührstäbchen, Einwegtellern, Besteck und Styroporbechern erfasst nur Teile des Problems. Becher aus Plastik, Papier und Papier-Plastik-Verbund sowie Fast-Food-Schalen aus Plastik, die den größten Teil des To-go-Mülls darstellen, sind weiter erlaubt. Auch die für 2023 vorgesehene Pflicht für Restaurants und Lieferdienste, Mehrweg-Alternativen anzubieten, reicht nicht, wenn daneben die vermeintlich attraktiven Einwegbehälter stehen.

Um den Tsunami aus To-go-Müll aufzuhalten, fordert der BUND eine Steuer auf Einwegverpackungen für Essen zum Mitnehmen in Berlin. 50 Cent für jeden Einwegbehälter und 20 Cent für Einwegbesteck soll künftig fällig werden, wenn Restaurants, Catering- oder Lieferdienste Essen verkaufen, das nicht in Mehrwegbehältern ausgegeben wird. Die Einnahmen aus dieser Steuer sollen in den Aufbau von Mehrwegsystemen fließen.

JETZT UNTERSTÜTZEN!

JA zu einer Steuer auf To-go-Verpackungen!

JA zu einer Steuer auf Einweggeschirr und -besteck!

JA zur Förderung von innovativen Mehrweglösungen!

UNTERSCHREIBEN SIE auf dem beigelegten Formular oder unter www.berlin-plastikfrei.de

Ganz bewusst beschränkt sich die BUND-Initiative für die Müll-to-go-Steuer nicht auf Einwegverpackungen aus Plastik. Einmalig genutzte Behälter, Becher und Besteck bleiben auch dann problematisch, wenn sie aus nachwachsenden Rohstoffen produziert werden. Papierverpackungen für Lebensmittel werden aus hygienischen Gründen nicht aus Altpapier, sondern aus Frischfasern hergestellt und können nicht mehr recycelt werden, wenn sie stark verschmutzt sind, was beispielsweise bei Pizzakartons regelmäßig der Fall ist. Und der kostbare Rohstoff Holz ist nicht unendlich verfügbar, zumal die Wälder als Kohlenstoffsenken und Orte der Artenvielfalt gebraucht werden – Papier darf nicht das neue Plastik werden.

Die Chance, Deutschlands erste Stadt weitgehend ohne To-go-Müll zu werden, hat Berlin verpasst. Ab Januar 2022 gilt in Tübingen eine Verpackungssteuer auf Einwegprodukte der Gastronomie. Wie vom BUND für Berlin gefordert, werden in der schwäbischen Universitätsstadt 50 Cent auf Einweggefäße und 20 Cent auf Einwegbesteck fällig. Wir könnten aber beweisen, dass Müllvermeidung und Mehrwegsysteme beim Essen außer Haus auch in Millionenstädten und touristischen Hotspots funktionieren. Deshalb unsere Bitte: Unterschreiben Sie auf der Liste, die dieser BUNDzeit beiliegt, für eine Berliner Verpackungssteuer! sp

www.berlin-plastikfrei.de

INHALT

Thema Abfall & Ressourcen

Wird Müll die neue Kohle? Konkrete Pläne in Brandenburg, Gedankenspiele in Berlin
Seite 2

„Die Verbraucher*innen sollen selbst entscheiden, ob sie reparieren“:
Interview mit Katrin Meyer vom Runden Tisch Reparatur
Seite 3

AKTUELL

Blockade auf den letzten Metern: Welche Senatsvorhaben die SPD vor der Wahl verhindert hat
Seite 4

Mit Strategie in den Kollaps: Brandenburg ignoriert bei der Energiepolitik die Klimaziele
Seite 5

Nachhaltigkeitsmanagement im Gesundheitswesen: Ein Arbeitsplatz mit Zukunft
Seite 5

BUNDJUGEND

Kondome fürs Klima – Kinderverzicht für den Klimaschutz?
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Die Baumberge im Tegeler Forst
Seite 7

ÖKOTIPP

Alles außer wegwerfen
Seite 7

KURZ & BUND

Handys spenden, Rohstoffe retten
Seite 8

Abfälle und Ressourcen in Zahlen
Seite 8

INFO

SO WIRD BERLIN ZERO-WASTE-STADT

Berlin soll nicht nur klimaneutral, sondern auch Zero-Waste-Stadt werden. Dazu müssen Vermeidung, Wiederverwendung, Mehrweg und Recycling den Vorzug vor Verbrennung und Verschwendung erhalten. Der BUND hat zwölf Forderungen an den nächsten Senat gestellt, wie diese anspruchsvolle Aufgabe zu bewältigen ist.

www.BUND-Berlin.de/abfallforderungen-2021

SO FUNKTIONIERT ABFALLBERATUNG

Ob Berlin Zero-Waste-Stadt wird, hängt ganz davon ab, ob die Berliner*innen für bewusstes Konsumverhalten, Abfallvermeidung und bessere Mülltrennung und bessere Mülltrennung zu gewinnen sind. Der BUND hat schon 2019 ein Konzept für eine umfassende Abfallberatung veröffentlicht, das nach wie vor aktuell ist.

www.BUND-Berlin.de/abfallberatungskonzept

ILLEGALE MÜLLKIPPEN

Seit 1990 hat sich Brandenburg zu einem Land der fast unbegrenzten Möglichkeiten in Sachen illegale Abfallablagerung entwickelt. Über 150 illegale Deponien hat die Initiative „Müllparadies Brandenburg“ mittlerweile kartiert und es kommen jedes Jahr weitere dazu.

www.muellparadies.de

DER FALL SCHÖNERMARK

Ein besonders dreister Fall spielt sich im uckermärkischen Mark Landin, Ortsteil Schönermark ab. Dass der Betreiber der örtlichen Deponie ein Vielfaches der genehmigten Abfallmenge lagerte, flog schon 2012 auf. Trotzdem ging die illegale Ablagerung jahrelang weiter. Mehr zu diesem Fall in der aktuellen Ausgabe des Magazins Fluter der Bundeszentrale für Politische Bildung: www.fluter.de/illegale-muellkippen-deutschland



Foto: Stefan Fassan, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons. Lizenz: kurztitels.de(cc-by-sa)

Cottbus braucht keine Müllverbrennung für seine Fernwärme.

WIRD MÜLL DIE NEUE KOHLE?

In Brandenburg gibt es Pläne zum Ausbau der Müllverbrennung. Das widerspricht den politischen Zielen zur Müllvermeidung und leistet dem Klimaschutz einen Bärendienst. Auch Berlin will noch viele Jahre Abfälle zum Heizen verbrennen. Und rechnet sich die Sache schön.

Jänschwalde bei Cottbus ist vor allem für das gleichnamige, auf dem Boden der Nachbargemeinde Teichland liegende Braunkohlekraftwerk bekannt. Neben dem Kraftwerk, dessen letzter Block spätestens Ende 2028 vom Netz gehen wird, planen der Kohlekraftwerksbetreiber Leag und der Müllkonzern Veolia eine Müllverbrennungsanlage (MVA), die nach ihren Vorstellungen 2025 in Betrieb gehen soll. Auf die Menschen in Jänschwalde und Umgebung kommt nach über vier Jahrzehnten neben einem der größten und schmutzigsten Braunkohlekraftwerke Europas eine neue Quelle von möglicherweise gesundheitsschädigenden Abgasen hinzu, drei Jahre lang sogar im Parallelbetrieb mit dem alten Kraftwerk. Gegenwärtig läuft das Anhörungsverfahren, voraussichtlich Anfang 2022 wird das Landesamt für Umwelt über den Antrag von Leag und Veolia entscheiden. Sollte es die MVA in Jänschwalde genehmigen, wird der BUND eine Klage dagegen prüfen.

Wozu eigentlich Müll verbrennen? Im Fall Jänschwalde ist die Motivlage klar: Weil man damit Geld verdienen kann. In Berlin ist die Situation komplizierter. Im Sommer 2021 hat Rot-Rot-Grün im neuen Energiewendegesetz beschlossen, dass ab 2030 „mindestens 40 Prozent der in den [...] Wärmeversorgungsnetzen transportierten Wärme aus erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme stammen.“ Diese unscheinbare Formulierung leitet nichts Geringeres als eine Forcierung und Grünwaschung der Müllverbrennung ein und passt hervorragend zur Geschäftspolitik des Fernwärme-Monopolisten Vattenfall. Vattenfall-Wärme-Chefin Tanja Wielgoß, die bis vor wenigen Jahren der BSR vorstand, machte kürzlich deutlich, ihr Unternehmen rechne künftig mit mehr von der BSR gelieferter Abwärme, um die Fernwärme zu dekarbonisieren. Abwärme produziert die BSR in erster Linie in ihrer Müllverbrennungslage in Ruhleben; um mehr Abwärme zu liefern, gibt es zwei Möglichkeiten: entweder die Anlage modernisieren, was auch geplant ist, oder dort mehr Müll verbrennen.

Müll ist kein nachwachsender Rohstoff

Die Vattenfall-Machbarkeitsstudie zur Dekarbonisierung der Fernwärme und das im August 2021 beschlossene Berliner

Energiewendegesetz werten Müllverbrennung als klimaneutrale Energieerzeugung. Das ist jedoch falsch. Richtig ist: Abfall ist ein fossiler Brennstoff, weil ein nicht unerheblicher Teil des Restmülls aus erdölbasierten Kunststoffprodukten besteht. Eine CO₂-neutrale Energieerzeugung durch Restmüllverbrennung ist physikalisch schlicht unmöglich. Daher bilanzieren unabhängige und anerkannte Berechnungsmethoden, wie sie etwa das Umweltbundesamt oder die Länderarbeitsgemeinschaft Energiebilanzen nutzen, die Energie aus Müllverbrennung bestenfalls zu 50 Prozent als klimaneutral.

Selbstverständlich ist die Abwärme aus Müllverbrennung nicht unvermeidlich, denn dass größere Mengen Restmüll verbrannt werden, ist kein Naturgesetz, sondern eine politische Entscheidung. Folgt man konsequent der im Abfallrecht fixierten Priorität von Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling, bleibt nur ein kleiner Teil der aktuell noch verfeuerten Abfälle zur Verbrennung übrig. Mehr Müllverbrennung zum Zweck der Energiegewinnung widerspricht dem Ziel, Abfall erst gar nicht entstehen zu lassen.

Auch im Fall Jänschwalde diene die Fernwärme lange zur Rechtfertigung der Müllverbrennungspläne. Inzwischen aber ist der Umbau der Fernwärme in Cottbus in vollem Gang, sie kommt künftig von einem Gaskraftwerk, das sich gerade im Bau befindet. Daher bezeichnet Veolia seine mit Leag geplante MVA auch nur noch als Back-up für das Cottbuser Gasheizkraftwerk. Eine MVA in Jänschwalde würde also 600.000 Tonnen CO₂ in die Luft pusten, ohne dass die Wärme genutzt wird. Dieser CO₂-Ausstoß könnte die Brandenburger Steuerzahler*innen teuer zu stehen kommen – wenn sich die MVA-Betreiber Entschädigungszahlungen für den Fall erstreiten, dass ihre Anlage stillgelegt werden muss, um die Klimaziele des Landes zu erreichen. sp

Mehr zu den MVA-Plänen in Jänschwalde: www.aktionsbuendnis-contra-mva.de

Mehr zu Müll und Fernwärme in Berlin: www.umweltzoneberlin.de/2021/09/23



EDITORIAL

von Carsten Preuß, Verena Graichen und Franziska Sperfeld

Liebe Leser*innen,

was hat Substanz, was ist Show? Wo steht Klimaschutz auf der Packung, obwohl der Inhalt ein „Weiter so“ ist? Dies kritisch und unabhängig zu beurteilen, ist traditionell eine der Aufgaben für uns als BUND. Nicht nur bei so prominenten Produkten wie Koalitionsverträgen von neuen Regierungen auf Bundes- und Landesebene (die bei Redaktionsschluss noch lange nicht in Sicht waren). Sondern auch dann, wenn es um so komplexe Themen wie Abfall und Ressourcen geht.

Dort gibt es aktuell die besorgniserregende Tendenz, ein altbekanntes schmutziges Geschäft als eine neue saubere, gar klimafreundliche Technik zu verkaufen: die Müllverbrennung. Warum wir dieses Greenwashing nicht durchgehen lassen und warum wir darauf bestehen, dass Müll nicht die neue Kohle werden darf, lesen Sie in dieser BUNDzeit.

Allerdings wollen wir nicht nur kritisieren, sondern es konkret besser machen. Damit Kunststoffe nicht mehr so oft in den Verbrennungsofen oder in die Natur gelangen, haben wir eine Initiative für eine Besteuerung von Einweg-to-go-Verpackungen in Berlin gestartet. Und nun haben wir die Bitte an Sie und Euch: Unterstützt uns dabei mit Eurer Unterschrift! Wie und wo genau, steht auf Seite 1.

Mit umweltfreundlichen Grüßen

Handwritten signatures of Carsten Preuß, Verena Graichen, and Franziska Sperfeld, with their respective titles: Vorsitzender BUND Brandenburg, Vorsitzende BUND Berlin, and Vorsitzende BUND Brandenburg.

„DIE VERBRAUCHER*INNEN SOLLEN SELBST ENTSCHEIDEN KÖNNEN, OB SIE REPARIEREN“

Katrin Meyer vom Runden Tisch Reparatur über teure Ersatzteile und gute Beispiele aus den Nachbarstaaten

BUNDzeit: Der Volksmund sagt: Billig kaufen bedeutet zweimal kaufen. Ändert sich das mit der überarbeiteten EU-Ökodesign-Richtlinie?

KATRIN MEYER: Im besten Fall ja. Aber erst dann, wenn alle Geräte reparierbar sind. Die seit März geltenden Bestimmungen zur Reparierbarkeit erfassen momentan nur fünf Produktgruppen: Waschmaschinen, Trockner, Kühlschränke, Geschirrspüler und Displays einschließlich Fernseher. Ökodesign-Anforderungen für weitere Elektronikprodukte wie etwa Smartphones kommen später; gerade läuft die Diskussion, wie fortschrittlich sie sein dürfen. Insofern sind die jetzt geltenden Regeln nur der erste Schritt. Sie legen für neu auf den Markt gekommene Produkte fest, dass Reparaturen mit herkömmlichem Werkzeug möglich sein und die Hersteller Ersatzteile liefern müssen. Und zwar auch sieben bis zehn Jahre, nachdem das letzte Modell verkauft wurde. Erstmals müssen nicht-sicherheitsrelevante Ersatzteile, etwa der Besteckkorb in der Spülmaschine, auch Verbraucher*innen zur Verfügung gestellt werden. Auf die wichtigsten Teile haben aber nur professionelle Werkstätten Anspruch. Wir als Runder Tisch Reparatur fordern, dass Ersatzteile allen zur Verfügung stehen. Damit alle, die reparieren wollen, reparieren können – und nicht den Umweg über professionelle Werkstätten gehen müssen.

Bislang scheitern auch Profis an bestimmten Reparaturen, weil die Hersteller Ersatzteile nur an Vertragswerkstätten liefern.

Das wird nach der Ökodesign-Richtlinie nicht mehr möglich sein. Jede Werkstatt hat einen Anspruch auf Ersatzteile, wenn sie die Kriterien Kompetenz und Haftpflichtversicherung erfüllt. Ersatzteilansprüche haben somit alle professionellen Reparierer*innen und aus unserer Sicht natürlich auch die Repair-Cafés.

Warum ist Reparieren lassen überhaupt so teuer? Liegt es nur an der Arbeitszeit?

Oft liegt es an teuren Ersatzteilen. Besonders ausgeprägt ist das bei Smartphones, wo der Hersteller die Preise festlegt. Und dann der Aufwand: Viele Geräte sind so gestaltet, dass das Reparieren aufwendiger ist als noch vor ein paar Jahren, wenn zum Beispiel Software mit drinhängt. Das ist bei professionellen Werkstätten häufig ein Grund, Reparaturen nicht durchzuführen oder erst gar nicht anzubieten, weil die Leute sich für diesen Preis lieber ein neues Gerät kaufen.

Wie werden Ersatzteile günstiger?

Ein Weg könnte ein Reparaturindex sein, wie ihn Frankreich Anfang 2021 zunächst für ein paar Produktgruppen eingeführt hat. Er bewertet die Produkte nach ihrer Reparierbarkeit und dem Preis der Ersatzteile. Wenn die im Verhältnis zum Neupreis zu teuer sind, gibt es eine schlechte Note.

Sagt die Ökodesign-Richtlinie etwas zum Preis der Ersatzteile?

Leider nicht. Eine weitere Schwachstelle ist die Möglichkeit für Hersteller, manche Ersatzteile nur im Paket anzubieten. Wenn es zum Beispiel das Lager einer Waschmaschine nicht einzeln, sondern nur mit der Trommel verschweißt gibt, macht das die Reparatur teuer, weil man unnötige Komponenten kaufen muss und einen größeren Austauschaufwand hat. Manche Hersteller verkaufen aber grundsätzlich alles an alle. Das würden wir gern viel häufiger sehen. Bei den Smartphones wird die Software wichtig werden; wie lange werden Hersteller Updates liefern müssen? Fehlende Updates sind oft der Grund, warum Smartphones nicht weitergenutzt werden.

Was können Regierungen auf nationaler und regionaler Ebene für mehr Reparieren tun?

Sie können die Mehrwertsteuer auf Reparaturen senken. Schweden tut das schon. In Österreich gibt es wie seit kurzem auch in Thüringen den Reparaturbonus, also einen Gutschein für die Hälfte der Reparaturkosten. Das kommt sehr gut an, offensichtlich sind die Kosten ein wesentlicher Faktor. So eine Subvention ist keine Dauerlösung, aber

bis wir so weit sind, dass Reparaturen günstiger werden, hilft es beim Gang in die Werkstatt. Grundsätzlich kann man den Reparaturmarkt fördern, aber auch das Bewusstsein der Verbraucher*innen schärfen und Informationen bereitstellen: Was genau ist kaputt und wer repariert mir das? In Österreich erfahren die Verbraucher*innen über ein Reparaturnetzwerk, wer ihre Sachen reparieren kann.

Wie wäre Reparaturunterricht in der Schule?

Sehr wichtig. Wir werden in den nächsten Jahren ein gewaltiges Nachwuchsproblem im Handwerk und speziell beim Reparieren bekommen. Viele junge Leute interessieren sich nicht für das Reparieren, weil sie kaum Berührungspunkte damit haben.

Helfen auch so einfache Sachen wie Räume für Reparaturinitiativen?

Absolut. Die ehrenamtlichen Initiativen könnten einiges an Hilfe gebrauchen: Räume, Werkzeug, organisatorische Hilfe, Werbung – wobei es den Repair-Cafés oft nicht an Nachfrage, sondern eher an Reparierenden fehlt. Auch Austausch und Kooperation zwischen Initiativen und professionellen Werkstätten könnten gefördert werden, weil die ja ganz unterschiedliche Zielgruppen haben. In manchen Fällen lohnt sich die kommerzielle Reparatur nicht mehr, der Gang ins Repair-Café aber schon. Und andersrum sind manche Reparaturen für Initiativen zu kompliziert, sodass sie eine Werkstatt empfehlen.

Ist die gesetzliche Gewährleistung von zwei Jahren zu kurz? Eine längere Dauer könnte den Herstellern eine langlebigere Bauart der Geräte schmackhaft machen.

Diese Idee klingt logisch, ist aber nicht unproblematisch. Bei einer längeren Gewährleistung bleibt die Macht über das Reparieren beim Handel – der muss die Gewährleistung übernehmen – und bei den Herstellern; sie bestimmen, ob, wie und von wem repariert wird. Besser wäre es, wenn preiswerte Ersatzteile und verlässliche Informationen zur Verfügung stehen. Dann können die Verbraucher*innen unter Abwägung möglicher Risiken entscheiden, ob sie selbst reparieren können und wollen oder wer das übernehmen soll.

Müssen wir uns einfach daran gewöhnen, dass Geräte kaputtgehen?

Der Schadensfall ist normal im Lebenszyklus eines Produkts. Und Reparaturen können die Nutzungsdauer eines Geräts um das Vielfache dessen verlängern, wovon die Hersteller erst einmal ausgehen. Die Idee für eine Art Mindesthaltbarkeitsdatum – beispielsweise zu sagen, dieser Staubsauger hält mindestens sieben Jahre – sehen wir kritisch, denn die Verbraucher*innen könnten dieses Datum als den Zeitpunkt missverstehen, ab dem das Gerät seinen Dienst getan hat und ausgewechselt werden darf – obwohl es weiterhin funktioniert.

Das Interview führte Sebastian Petrich

ZUR PERSON



Foto: privat

Katrin Meyer koordiniert seit 2019 die Aktivitäten des Runden Tisch Reparatur e. V. (RTR). Der RTR vereint Handwerksbetriebe, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, ehrenamtliche Reparaturinitiativen und wissenschaftliche Einrichtungen, die sich für eine Förderung der Reparatur und eine neue Reparaturkultur in Deutschland und Europa engagieren. Katrin Meyer arbeitet außerdem im Team der EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings.

www.runder-tisch-reparatur.de

MITMACHEN

REPARIEREN STATT WEGWERFEN

An verschiedenen Orten der Stadt können Interessierte unter professioneller Anleitung geliebt, aber nicht mehr funktionierende Dinge reparieren und neue Reparierfähigkeiten erwerben. Solche Angebote will der BUND mit seiner Kampagne „Reparieren statt wegwerfen“ in der Stadt bekannt machen. Die Aktion läuft noch bis Ende November im Rahmen des von der Stiftung Naturschutz geförderten Projekts „Berlins Weg zu Zero Waste“. Alle aktuellen Termine finden sich unter: www.zero-waste-berlin.de www.facebook.com/BerlinsWegzuZeroWaste www.twitter.com/BUND_Berlin www.instagram.com/zerowaste_fuerberlin

AK ABFALL

Wer hat Lust, die Abfallpolitik des Landes Berlin kritisch zu begleiten? Der Arbeitskreis Abfall- und Ressourcenpolitik des BUND Berlin freut sich über weitere engagierte Mitstreiter*innen! www.BUND-Berlin.de/ak-abfall

REPAIR-CAFÉS

Der BUND betreibt sein Repair-Café in Schöneberg weiterhin als Online-Veranstaltung. Nächste Termine siehe www.repaircafe-schoeneberg.de In Steglitz wird dagegen wieder vor Ort repariert. Nächste Termine: 18.11.2021, 17–20 Uhr (Nähcafé) und 25.11.2021, 17–20 Uhr (Repair-Café) www.mekki-steglitz.de

DIE ZERO-WASTE-KARTE

Hunderte Adressen von Unverpacktläden, Second-Hand-Shops, Reparaturinitiativen, Tauschmärkten usw. sowie Veranstaltungstipps und Blogartikel rund um Abfallvermeidung und Ressourcenschutz finden sich auf dem Zero-Waste-Portal des BUND. www.remap-berlin.de

SO WIRD DIE FERNWÄRME KLIMANEUTRAL

Solarthermie, industrielle Abwärme, Flusswasser-wärmepumpen, tiefe Geothermie, Erdwärme und in Maßen Abwasserpumpen und Wasserstoff: Damit kann Berlin seine Fernwärme dekarbonisieren. Das hat eine neue Potenzialstudie des Fraunhofer IEE ergeben.

www.BUND-Berlin.de/potenzial-fernwaerme

FEIERN, ALS GÄBE ES EIN MORGEN

Viele Berliner Clubs haben die lange Zwangspause während der Pandemie genutzt, um ihr Business umweltfreundlicher zu gestalten. Dabei hilft ihnen der Code of Conduct, der am Runden Tisch für grüne Clubkultur entstanden ist. Beteiligt daran war auch das BUND-Projekt clubtopia. Mehr dazu auf einer Zoom-Veranstaltung der Reihe „Berlin spart Energie“.

17.11.2021, 16 Uhr, Anmeldung unter www.berlin-spart-energie.de/veranstaltung/zukunft-feiern-131.html
Zum Code of Conduct: www.zukunft-feiern.de

VOGELKOLLISIONEN IM REGIERUNGSVIERTEL

Eine neue BUND-Broschüre untersucht Bauten des Berliner Regierungsviertels auf das Kollisionsrisiko für Vögel und präsentiert Möglichkeiten, Vogelschlag an Glasfassaden zu vermeiden.

www.BUND-Berlin.de/vogelschlag

GEWÄSSERSCHUTZ

Was müssen die Behörden in Brandenburg und Berlin tun, damit die Gewässer endlich den guten ökologischen und chemischen Zustand erreichen, den die EU-Wasserrahmenrichtlinie vorschreibt? Das haben 17 Umweltverbände aus den beiden Ländern in einem Forderungspapier zusammengefasst.

www.BUND-Berlin.de/wrrl



Folgt die Berliner SPD Franziska Giffey zurück ins 20. Jahrhundert?

BLOCKADE AUF DEN LETZTEN METERN

Die Umwelt- und Naturschutzbilanz von Rot-Rot-Grün in Berlin sähe deutlich besser aus, wenn die SPD nicht kurz vor der Wahl wichtige, vom Senat bereits beschlossene Vorhaben im Landesparlament verhindert hätte.

Ende 2016 waren SPD, Linke und Grüne mit einer ökologischen Agenda angetreten. Im Koalitionsvertrag bezeichneten sie die vielen Grün- und Wasserflächen als zu schützende „einmalige Werte“ und versprachen, Berlin 2050 zur klimaneutralen Stadt zu machen. Tatsächlich hatten die Umweltverbände in den folgenden Jahren gelegentlich Grund, die rot-rot-grüne Koalition zu loben oder zumindest weniger stark zu kritisieren als vorherige Landesregierungen. Umso unerfreulicher waren die letzten Wochen vor der Abgeordnetenhauswahl Ende September, als die SPD-Fraktion und ihre Spitzenkandidatin Franziska Giffey mit dem Gesetz zur Novellierung der Bauordnung, dem letzten Teil des Mobilitätsgesetzes und der Charta für das Berliner Stadtgrün drei lang geplante wichtige ökologische Projekte kurz vor der endgültigen Abstimmung im Parlament stoppten.

Die neue Bauordnung sollte für mehr Stadtgrün beim Neubau sorgen: Begrünung auf Flachdächern und auf mindestens einem Fünftel der Grundstücksfläche oder ersatzweise auf Dach und Fassade. Damit Baustoffe beim Abriss besser wiederverwendet und recycelt werden können, sollte eine Verpflichtung zur Aufstellung eines Rückbaukonzepts kommen. Außerdem sah die Bauordnung Nistkästen für Gebäudebrüter, Quartiere für Fledermäuse, Maßnahmen gegen Vogelschlag und auch bei Bestandsgebäuden den Einbau von Kaltwasserzählern vor, um das Bewusstsein für das kostbare Nass zu schärfen.

Das aus einem bundesweit einzigartigen Dialogprozess zwischen Parteien und Verbänden hervorgegangene Mobilitätsgesetz sollte um je einen Absatz zum Wirtschaftsverkehr und zu „neuer Mobilität“ ergänzt werden. Weil unter Letzterem weniger Platz für fließenden und ruhenden Autoverkehr nicht ausgeschlossen war, ließ die SPD das Vorhaben platzen. Somit gibt es in Berlin weiterhin keine explizite gesetzliche Grundlage, um Fahrspuren und Pkw-Stellplätze in dringend benötigte Lieferzonen umzuwandeln.

Die ebenfalls Ende August beerdigte Charta für das Berliner Stadtgrün hätte zwar keinen Gesetzescharakter gehabt, sollte aber als Selbstverpflichtung des Landes die bestehenden Kleingärten, Grünanlagen und grünen Brachen vor Versiegelung und Bebauung sichern. Nachdem der Vorschlag der Koalition im Umweltausschuss auch die Zustimmung der Oppositionsparteien CDU und FDP gefunden hatte, zog die stärkste Regierungsfraktion kurz vor der finalen Abstimmung im Abgeordnetenhaus ihre Zustimmung zurück. Knackpunkt: Die SPD wollte plötzlich grünen Flächen nur noch dann Schutz einräumen, wenn ihnen keine anderen öffentlichen Interessen entgegenstehen, was erfahrungsgemäß so gut wie nie der Fall ist. Dass SPD, Linke und Grüne den Schutz der Stadtnatur auf ihre Agenda gesetzt hatten, war maßgeblich dem Druck der Naturschutzverbände zu verdanken. Sollte sich die nächste Koalition dem wenig sachdienlichen Mantra „Bauen, bauen, bauen“ verschreiben, haben der BUND und seine Verbündeten keine andere Wahl, als zur Sicherung der grünen Flächen einen Volksentscheid zu organisieren.

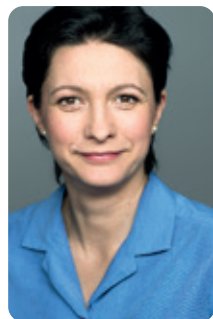
Das dreifache Njet der SPD-Führung passte perfekt in ihre populistische Wahlkampfstrategie, die Stadtgesellschaft in zwei Lager zu spalten: innerhalb des S-Bahnringes die vermeintlich wohlhabenden, abgehobenen, Lasten fahrenden elitären Ökobewegten und in den Außenbezirken die von grünen Verboten gegängelten, hart arbeitenden „normalen“ Leute. Spannend wird, ob die rund 19.000 Berliner Genoss*innen diesen Kurs auf Dauer mittragen.

Der BUND fordert von der nächsten Regierungsmehrheit, die drei gestoppten Vorhaben wieder aufzunehmen. Des Weiteren hat er einen umfangreichen Forderungskatalog zu Naturschutz, Wasserpolitik, Abfallwirtschaft, Energie und Mobilität zusammengestellt. www.bund.net/Testament

Mehr dazu unter www.BUND-Berlin.de/koalitionsverhandlung

ANZEIGE

Was bleibt, wenn wir gehen?



Ihr Vermächtnis an den BUND:

Almuth Wenta
Telefon (030) 27 58 64 74
E-Mail: almuth.wenta@bund.net
www.bund.net/Testament



MIT STRATEGIE IN DEN KLIMAKOLLAPS

Brandenburg soll einen Klimaplan bekommen. Doch bevor der fertig ist, will die Landesregierung noch schnell eine Energiestrategie festschreiben, die alle Klimaziele ignoriert.

Wie ernst die Lage ist, wurde gleich bei der Auftaktveranstaltung zur Erarbeitung des Klimaplanes Ende Juni deutlich, als der vom Potsdamer Umweltministerium beauftragte Gutachter Bernd Hirschel vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung skizzierte, dass das Brandenburg zustehende mit dem 1,5-Grad-Ziel kompatible CO₂-Budget schon 2023 ausgeschöpft sein könnte. Brandenburg braucht also endlich einen Plan, der für alle Politikfelder, für die das Land verantwortlich ist, verbindliche Maßnahmen festlegt. Doch ausgerechnet das für Energiepolitik zuständige Wirtschaftsministerium unter Jörg Steinbach (SPD) will nicht abwarten, welche Vorgaben der für Mitte 2022 vorgesehene Klimaplan macht, sondern noch Ende 2021 eine neue Energiestrategie für die Jahre 2030 bis 2040 vorlegen.

Was nach heutigem Stand in der neuen Energiestrategie stehen wird, lässt sich aus dem „Leitszenario“ ablesen, das das Beratungsunternehmen Prognos nach Vorgaben des Wirtschaftsministeriums aufgeschrieben hat. Dieses Szenario führt ausdrücklich nicht zu einer klimaneutralen Energieversorgung im Jahr 2050. Begründung: „Zu viel Handlungsbedarf entfiel auf die Dekade zwischen 2040 und 2050, die außerhalb des Kernzeitraums dieser Untersuchung liegt.“ Somit vermeidet die Energiestrategie, die den Rahmen für alle politischen Entscheidungen rund um Braunkohleförderung und -verbrennung definieren soll, die wichtigste Weichenstellung,

die in diesem Jahrzehnt zu treffen ist: die Energieerzeugung in Brandenburg mit Deutschlands Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen in Einklang zu bringen. Dazu braucht es einen möglichst frühen Kohleausstieg, Effizienzsteigerung und mehr erneuerbare Energien.

Der BUND fordert die rot-schwarz-grüne Landesregierung auf, ihre Schritte in die richtige Reihenfolge zu bringen: erst den (Paris-konformen) Klimaplan, dann die daraus abgeleitete Energiestrategie. Diese muss die im Kohlekompromiss vorgesehenen regelmäßigen Prüfungen, ob ein Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vor 2038 möglich und erforderlich ist, aufnehmen. Das von Prognos vorgeschlagene „Zielviereck aus Energieeffizienz, Wasserstoff, Energieexport und Klimaschutz“ hält der BUND für wenig sinnvoll. Die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen, kann nicht eines von mehreren Zielen sein. Klimaschutz ist vielmehr die Voraussetzung, um unseren gewohnten Wohlstand zu erhalten.

Mehr zum Klimaplan: www.kurzlinks.de/klimaplan-mluk

Das Leitszenario zur Energiestrategie 2040: www.kurzlinks.de/prognos-energie

Brandenburger Energie muss nicht unbedingt schmutzig sein: Solarfeld in der Prignitz



Foto: Sebastian Perlich

EIN ARBEITSPLATZ MIT ZUKUNFT

Nachhaltigkeitsmanagement etabliert sich im Gesundheitswesen.

Im Februar 2021 übernahm Torsten Bölke die Funktion des Nachhaltigkeitsmanagers am Universitätsklinikum Brandenburg an der Havel, das seit März 2021 am BUND-Projekt KLIK green teilnimmt. Inzwischen auf 250 Kliniken angewachsen, bringt KLIK green verschiedene Berufsgruppen aus dem Gesundheitswesen zusammen. Ärzteschaft, Pflege, Technik und Verwaltung engagieren sich bei KLIK green nebenberuflich als Klimamanager*innen, um den hohen Energie- und Ressourcenverbrauch ihrer Einrichtungen zu reduzieren. Torsten Bölke zählt zu den wenigen im KLIK-green-Netzwerk, denen dafür bereits eine Vollzeitstelle zur Verfügung steht.

„Jeder persönlich und im Besonderen wir als Krankenhaus sind einem sorgsamem Umgang mit den uns anvertrauten Ressourcen verpflichtet. Unsere Entwicklung muss sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ökologisch auf die Zukunft ausrichten. Das Universitätsklinikum Brandenburg an der Havel durchläuft dabei einen Transformationsprozess zu einem nachhaltigen und umweltverträglichen Wirtschaften. Mit der Beschäftigung eines Nachhaltigkeitsmanagers können wir diesen Transformationsprozess unterstützen und beschleunigen“, sagt Geschäftsführerin Gabriele Wolter.

Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen stößt in Kliniken zunächst an Grenzen. So schreiben Hygieneauflagen zum Beispiel mehrfach verpacktes OP-Besteck vor. „Dafür sterilisiert unsere Klinik jeden Tag 2.000 Instrumente an OP-Bestock. Wir erhalten auch OP-Instrumente von Praxen aus dem Umland, die wir nach Sterilisation zurückgeben. Hygiene geht zwar vor, ist aber keine Sackgasse für Nachhaltigkeit“, weiß Torsten Bölke. Um nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen, spricht er mit allen Abteilungen, bezieht alle Mitarbeiter*innen ein, integriert Patient*innen und steuert interne Umweltbildungsmaßnahmen.



Foto: Universitätsklinikum Brandenburg an der Havel

Auch Abfallvermeidung gehört zu den Aufgaben von Nachhaltigkeitsmanager Torsten Bölke vom Universitätsklinikum Brandenburg an der Havel.

Konkret bedeutet das, dass er unter anderem die Recyclingquote in Küche, Warenannahme und medizinischer Schule erhöht, indem er dort den gelben Sack aufstellte ließ und Schulungen zur korrekten Entsorgung organisierte. Schon im ersten Monat landeten dadurch in der Küche 315 Kilogramm weniger im krankenhausspezifischen Abfall. „Eine Ausweitung auf die Stationen ist geplant“, berichtet Bölke, der zudem die täglich 300 Einwegverpackungen in der Cafeteria abschaffte. Um auch Patient*innen für die Vermeidung von Einweg zu sensibilisieren, erhalten sie direkt nach Aufnahme Mehrwegflaschen zum Abfüllen an Wasserspendern auf dem Gang.

Nachhaltigkeitsmanagement funktioniert, wenn jemand zuständig ist. Auf dem Netzwerk von KLIK green aufbauend sollte es für Klimaschutz in Kliniken zukünftig noch mehr Beteiligungsmöglichkeiten und darüber hinaus eine berufliche Perspektive geben, so dass Nachhaltigkeitsmanager*innen so selbstverständlich eingestellt werden wie medizinisches Personal. *Eva Loy*

AUS FÜR PRIVATFLUGPLATZ

Die höchst umstrittenen Pläne für einen Privatflugplatz in Groß Leuthen (Landkreis Dahme-Spreewald) unmittelbar neben dem Landschaftsschutzgebiet Groß Leuthener See und Dölgensee werden nicht Realität, weil der Antrag zurückgezogen wurde. Zuvor hatten BUND und Grüne Liga in umfangreichen Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass regelmäßige tiefe Flüge Lärm und Abgase verursachen, Tiere in den Schutzgebieten beunruhigten und obendrein aufgrund der nahe gelegenen EU-Vogelschutzgebiete Spreewald und Lieberoser Endmoräne eine Verträglichkeitsprüfung nötig gewesen wäre.

DER WILDKATZE AUF DER SPUR

Dass die Wildkatze nach Brandenburg zurückkehrt, ist seit 2019 klar. Damals wurde ein totes Tier im Landkreis Teltow-Fläming gefunden. 2020 konnte der BUND vier Individuen im Naturpark Hoher Fläming nachweisen. Inzwischen gibt es Hinweise darauf, dass sich die streng geschützte Art weiter ausbreitet: Mindestens ein Tier muss sich 2021 in der Schorfheide aufgehalten haben, da dort ein Wildkatzenhaar an einem Lockstock gefunden wurde. Ob es sich um eines des vier Individuen aus dem Fläming handelte, ist noch nicht geklärt.

Der BUND weitet nun sein Wildkatzenmonitoring auf andere potenziell für die Tiere geeignete Gebiete aus. Ehrenamtliche stellen in bestimmten Gebieten in Potsdam-Mittelmark sowie in den Naturparks Schlaubetal und Märkische Schweiz Lockstöcke auf. Dabei kooperiert der BUND mit dem Brandenburger Umweltministerium, das die Laboruntersuchungen bezahlt.

Mehr zum bundesweiten Wildkatzenschutz: www.BUND.net/wildkatze



BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

TERMINE

ERSTE-HILFE-SCHULUNG

Kannst Du helfen, wenn Menschen Hilfe brauchen? In der Schulung lernst Du, wie Du Dich im Ehrenamt, Beruf oder in der Freizeit im Notfall richtig verhältst. 14.11.2021, Berlin

BLACK-FRIDAY-AKTION

Du kannst dieses ständige Konsumieren nicht leiden und willst andere wachrütteln? Dann mach mit bei unserer Aktion zum Black Friday. 26.11.2021, Berlin

WEIHNACHTSFEIER

Auch dieses Jahr wollen wir uns wieder mit vielen Aktiven, Freund*innen und Interessierten zu einer gemütlichen Weihnachtsfeier treffen und mit Punsch, Keksen und guten Gesprächen einen gemütlichen Abend verbringen. 10.12.2021, Berlin

DIY-KOSMETIK-WORKSHOP

Noch kein Weihnachtsgeschenk? Kein Problem! In unserem Kosmetik-Workshop stellen wir eigene Kosmetik her. Die ist nicht nur ein tolles Geschenk, sondern wir lernen auch, im Badezimmer ohne Plastik auszukommen. Termin siehe Website.

WEIHNACHTLICHES KOCHEN UND BACKEN

Wir verbinden Weihnachten mit leckerem Essen und netten Gesprächen. Wenn Du gerne kochst oder backst und auf der Suche nach neuen Menschen bist, dann schau doch gerne vorbei! Termin siehe Website.

TAUSCHMARKT

Der ganze Kaufwahn kann einen schon in den Wahnsinn treiben, nicht? Wir wollen mit dem Tauschmarkt darauf aufmerksam machen, dass Secondhand gar nicht so übel ist, wie gedacht. Gleichzeitig kannst Du etwas Schönes für Deine Lieben ergattern. Termin siehe Website.

WEITERE INFOS

Du möchtest bei den Terminen dabei sein? Weitere Informationen findest Du unter www.BUNDjugend-berlin.de/termine und www.BUNDjugend-brandenburg.de/termine

KONDOME FÜRS KLIMA – KINDER-VERZICHT FÜR DEN KLIMASCHUTZ?

Von Rosa Bauer

Jetzt bin ich 17. Umzug, eigene Wohnung, Studium, neue Menschen und die großen Fragen des Lebens: Wie wird mein Leben in zehn Jahren aussehen? In was für einer Welt werde ich leben? Und bietet diese Welt ein gutes Leben für (meine?) Kinder?

In einer Forsa-Studie aus dem Jahr 2016 antworteten gut 87 Prozent aller Jugendlichen, dass sie Kinder bekommen wollen. Auch ich, mit meinem Leben quasi vor mir, stehe dem Thema aufgeschlossen gegenüber. Andererseits habe ich Bedenken, vor allem als junger Mensch, der sich den Herausforderungen unserer aller Zukunft bewusst ist. Denn dem Planeten scheint die Menschheit schon gegen den Strich zu gehen: Steigende Temperaturen und somit vermehrtes Extremwetter wie Dürre und Starkregen sind Vorboten der Klimakrise. Wäre es dann nicht besser, auf Kinder zu verzichten, vielleicht sogar als Menschheit freiwillig auszusterben?

Genau diese Frage stellen die Anhänger*innen des Antinatalismus. Sie sagen: Wer wirklich etwas gegen den Klimawandel unternehmen will, müsse auf den Kinderwunsch verzichten und so CO₂ sparen. Diese Annahme stützt sich auf eine schwedische Studie von Seth Wynes und Kimberly Nicholas aus dem Jahre 2017,¹ die besagt, der Verzicht auf ein Kind in einem Industrieland könne etwa 58,6 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen. Diese Zahl übertrifft die gängigen Tipps zur Nachhaltigkeit, zum Beispiel der Verzicht auf ein Auto (2,4 t jährlich) oder Vegetarismus (0,8 t jährlich). Für manche erübrigt sich damit die Familienplanung endgültig. Andere finden den Vergleich makaber oder schlicht falsch.

„Die gängigen Tipps zur Nachhaltigkeit sind alles Tropfen auf dem heißen Stein“, entgegnet eine Anhängerin des Antinatalismus in einem Interview.

Den Kindern das Klima antun

Ein Argument in der Debatte um den Antinatalismus ist, Kindern die von immer mehr Katastrophen heimgesuchte Welt nicht antun zu wollen. Meine Interviewpartnerin liefert im Gespräch ein aktuelles Beispiel: „Wir haben ja gerade diese Hochwasserflut (...). Da muss ich mich schon wundern, wenn Leute dastehen mit zweijährigen Kindern und sagen: ‚Ach Gott, das ist so schrecklich!‘. Erstens tragen sie ja wohl durch die falsche Reproduktionsentscheidung dazu bei, dass (Naturkatastrophen) immer schlimmer werden. Zweitens ist es fies gegenüber diesen armen Kindern.“

Was hinter der Zahl 58,6 steht

Wenn man einen Experten wie den Juristen, Philosophen und Soziologen Felix Ekardt fragt, dann wachsen Zweifel, wie wissenschaftlich anerkannt die Studie ist. Ekardt schreibt mir auf die Frage der Glaubwürdigkeit hin: „Ich halte das Argument (des Antinatalismus) für wenig überzeugend, denn die Emissionen eines Kindes sind nicht ‚meine‘ Emissionen (...). Zudem wird so etwas erfahrungsgemäß nur Leute überzeugen, die bereits aus anderen Gründen keine Kinder wollen.“

Quellen:

- <https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/aa7541>
- <https://www.quarks.de/umwelt/klimawandel/wie-klimaschaedlich-sind-kinder-wirklich>

Auch das Totschlagargument der CO₂-Emission ist fraglich. Denn bei der Studie wurden auch die Emissionen der kommenden Generationen bis zum Jahr 2400 mit einberechnet.² Dabei wurde angenommen, dass die Nachhaltigkeit der kommenden Generationen gleich schlecht bleibt. Dadurch beitragen die angeblichen CO₂-Einsparungen durch Kinderverzicht fast 60 Tonnen pro Jahr, obwohl der durchschnittliche CO₂-Ausstoß in Amerika „nur“ 16 Tonnen beträgt. Hier werden also direkte Emissionen (Fliegen, Ernährung) mit theoretischen zukünftigen Emissionen verglichen.



Nach dieser Logik habe ich selbst gar keine Emissionen, da diese meine Eltern oder Großeltern bereits verursacht haben.

Auch stellt sich die Frage, ob man überhaupt die Schuld beim Individuum suchen sollte und nicht beim System, welches den Überkonsum und somit die hohen CO₂-Emissionen hervorbringt. Kollektive Anschuldigung von Eltern ist wohl kein wirksamer Weg, um den Klimawandel zu stoppen. Außerdem: Wenn es keine Menschheit mehr gibt, für wen retten wir dann das Klima?

Dann doch lieber das System verändern

Wäre es nicht besser, nachhaltige Werte an die eigenen Kinder zu vermitteln? Die Ironie des Schicksals aller Birthstriker*innen ist das selbst gewählte Aussterben. Wenn man im Sinne der Zukunft handeln möchte, dann sollte man vielleicht lieber ein Kind in die Welt setzen, das sie verbessert? Meine Interviewpartnerin antwortet: „Dieses Kind muss den Kampf gegen die Windmühlen, den ich führe, ja dann ganz alleine führen. Wieso soll ich das dem Kind antun?“

Ob Kind oder nicht Kind, das ist und bleibt die Frage des*der Einzelnen. Inzwischen bezweifle ich, ob sich aus dem Antinatalismus wissenschaftlich tragbare Forderungen formulieren lassen, geschweige denn Schuldzuweisungen. Ich habe ja zum Glück noch Zeit mich zu entscheiden und da werden eher persönliche Beweggründe eine Rolle spielen. Eines ist mir bewusst geworden: Wer jetzt Lebenspläne schmiedet, muss das sich zuspitzende Klima mit einkalkulieren. Darum werde ich lieber weiter für Klimaneutralität bis 2035 und eine bessere Welt für (meine) Kinder kämpfen. Und zum Glück muss ich diesen Kampf gegen Windmühlen nicht allein führen, denn es gibt ja die BUNDjugend.



Auf der westlichen Düne der Baumberge



Wie alt die Dicke Marie ist, weiß niemand genau.

VON DICK ZU DÜNE

Die Baumberge im Tegeler Forst sind eines der letzten erhaltenen größeren Dünenensembles Berlins. Der Weg dorthin führt an bemerkenswerten Naturdenkmälern vorbei.

Der höchste Baum, der älteste Baum, der dickste Baum: Wenn wir den Weg zu den Sanddünen Baumberge im Tegeler Forst zum Pfad der drei Berliner Baumsuperlative machen wollen, müssen wir einen kleinen Schlenker machen. Statt von der Greenwichpromenade in Alt-Tegel über die Tegeler Hafensbrücke dem Ufer des Tegeler Sees zu folgen, bis der Mühlenweg in den Wald abzweigt, gönnen wir uns den Abstecher in den Schlosspark Tegel. Dieser naturnahe, wenig frequentierte Park ist zwar für Spaziergehende geöffnet, befindet sich aber im Privatbesitz der Nachfahren der Familie Humboldt. Einen Steinwurf neben dem Humboldt-Schloss steht auf der Schlosswiese eine wuchtige, rund 350 Jahre alte Stieleiche, genannt die Humboldtliche. Es handelt sich mit einem Umfang von 7,80 Metern um den dicksten Baum Berlins; zuletzt gemessen 2016, seither dürften ein paar Zentimeter hinzugekommen sein.

Weil der Schlosspark Tegel in Richtung Westen zwar fast bis zum Tegeler See reicht, derzeit aber nur einen Ein- und Ausgang am östlichen Ende hat, geht es außenherum wieder zum Seeufer: entweder südlich die Gabrielenstraße durch bewohntes Gebiet (kürzere Variante) oder nördlich auf einem schmalen Fußweg im Wald entlang der Parkeinzaunung. Wenige Meter bevor die nördliche Umgehung des Schlossparks auf den Uferweg stößt, treffen wir nach einer Biegung auf eine weitere Stieleiche aus dem Superlativtrio: die Dicke Marie. Angeblich verpassten ihr Wilhelm und Alexander von Humboldt diesen Namen. Namenspatronin soll die Köchin des Schlosses gewesen sein, auf dem die beiden späteren Wissenschaftspioniere als Kinder die Sommermonate verbrachten. Über das genaue Alter des fast sechs Meter dicken Baums schwanken die Einschätzungen zwischen 400 und 800 Jahren, dennoch gilt die Dicke Marie als ältester Baum Berlins.

Wo der Uferweg „An der Malche“ auf den Schwarzen Weg stößt, zweigt schräg in Richtung Westen ein Waldweg ab, der Mühlenweg. Ihm folgen wir gute zwei Kilometer durch den Tegeler Forst. Dabei durchqueren wir die sogenannte Referenzfläche. Auf diesem 90 Hektar großen Gebiet findet keine Forstwirtschaft mehr statt, der Wald darf sich zum Urwald entwickeln. Wir queren die Konradshöher Straße und erreichen kurz darauf den höchsten Baum Berlins, eine 42 Meter hohe Lärche.

Sobald es Richtung Norden ins Naturschutzgebiet abgeht (zu erkennen am dreieckigen grünen Schild), haben wir unser Ziel erreicht. Anders als der Name Baumberge verheißt, sind die beim Schmelzen der Gletscher der letzten Eiszeit entstandenen Dünen aber nicht durchgehend bewaldet. Vielmehr sind sie abseits der von alten Buchen geprägten Ränder von seltenen Sandtrockenrasenarten, Sandheiden und Ginster bedeckt. Zu den hier vorkommenden besonders geschützten Arten gehören Zaunaidechse und Knoblauchkröte.

Die Binnendünenlandschaft musste im letzten Jahrhundert einiges aushalten. In den Zwanzigern entnahm man Sand für den Bau des Bahndamms der nahen Kremmener Bahn, nach Kriegsende bis in die frühen Neunziger trainierten die französischen Alliierten hier das Panzerfahren. Seit 2011 ist Baumberge als Naturschutzgebiet ausgewiesen, allerdings übt die starke Freizeitnutzung einen nicht unerheblichen Druck auf das Gelände aus. Wie in allen Naturschutzgebieten gilt also auch hier: Bitte nicht die Wege verlassen und Hunde nur angeleint führen. *sp*

Wenn Online-Anleitungen nicht weiterhelfen und eine professionelle Reparatur zu teuer oder zu schwer zu organisieren ist, empfehlen wir einen Blick auf die Karte im BUND-Zero-Waste-Portal ReMap. Den bundesweiten und weltweiten Überblick bekommen Sie auf den Seiten des Netzwerks Reparatur-Initiativen und der Stichting Repaircafe International.

ÖKOTIPP: ALLES AUSSER WEGWERFEN

Wer das Recht auf Reparatur wahrnehmen will, braucht Ersatzteile, Werkzeug und Informationen. Zumindest bei den Informationen bröckelt das Monopol der Hersteller allmählich dank reger Reparatur-Communitys im Netz, zum Beispiel iFixit. Auf der Seite der gleichnamigen amerikanischen Firma, die vom Werkzeug- und Ersatzteillhandel lebt, finden sich über 77.000 kostenlose Reparaturanleitungen für über 34.000 Geräte. Da die Seite wiki-basiert ist, können und sollen dort Reparierende ihre eigenen Lösungen veröffentlichen oder mit Übersetzungen in ihre Sprache dafür sorgen, dass mehr Menschen weltweit von den unter einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlichten Informationen profitieren. Das Portal iwenzo enthält über 330.000 Beiträge zum Reparieren von „weißer“ und „brauner“ Ware.

www.ifixit.com
www.iwenzo.de

Auch Youtube hilft beim Reparieren. In vielen tausend dort hochgeladenen Videos zeigen Amateur*innen wie Profis ihre Tricks. Und wenig überraschend für ein Unternehmen des Google-Imperiums: Die Suchfunktion kann wirklich sehr viel.

www.remap-berlin.de
www.repaircafe.org/de
www.reparatur-initiativen.de

Keine Lust, sich um die Reparatur zu kümmern? Dann überlassen Sie anderen Ihre kaputten Geräte, Fahrräder, Möbel, Textilien etc. zum Basteln und als Ersatzteillager. Auf dem Gebrauchtwarenmarkt und vor allem beim Platzhirsch Ebay Kleinanzeigen herrscht eine rege Nachfrage auch nach Kaputtem. Falls Sie schöne, noch funktionierende Dinge für einen guten Zweck loswerden wollen, finden Sie auf ReMap die Adressen der karitativen Einrichtungen, die Gebrauchtes entgegennehmen. Oder Sie unterstützen mit Ihren brauchbaren Sachen das BSR-Gebrauchtwarenkaufhaus NoChMall in der Auguste-Viktoria-Allee 100 (Reinickendorf). Spenden für die NoChMall können Sie im Kaufhaus oder auf den Recyclinghöfen Gradestraße, Hegauer Weg und Lengender Straße abgeben.

www.nochmall.de



NATUR ERLEBEN

MITMACHEN

WIR HABEN ES SATT!

Die große Agrarwende-Demo für artgerechte Tierhaltung, mehr Klimaschutz, weniger Fleisch, fairen Handel und Pestizid-ausstieg.

22.1.2022, Berlin
www.wir-haben-es-satt.de

MITGLIEDER-VERSAMMLUNG

Die reguläre Mitgliederversammlung 2021 des BUND Berlin findet als Präsenzveranstaltung in einem extra großen Saal statt, der die Einhaltung der Hygieneregeln gestattet. 19.11.2021, 17 Uhr, Einlass ab 16:30 Uhr, bUm Raum für die engagierte Zivilgesellschaft, Paul-Lincke-Ufer 21, Berlin-Kreuzberg

40 JAHRE BUND BERLIN

Der Berliner Landesverband feiert seinen 40. Geburtstag und beschenkt sich und seine Mitglieder mit einer Jubiläumsbroschüre. Lesen Sie, was den BUND Berlin in vier Jahrzehnten bewegt hat und was er bewegt hat.

www.BUND-Berlin.de/40-jahre

PILZSPRECHSTUNDE

Noch bis zum Ende der Pilzsaaison können Pilzsammler*innen ihre Funde kostenlos bestimmen lassen.

16.11.2021, 23.11.2021, 30.11.2021, jeweils 18–18:30 Uhr, BUND-Landesgeschäftsstelle, Crelestr. 35, Berlin-Schöneberg

TIERE IM BERLINER GRUNDWASSER

Online-Vortrag des Biologen Hans Jürgen Hahn. 6.12.2021, 18 Uhr, Zoom-Link unter www.BUND-Berlin.de/grundwassertiere

PLASTIK: (K)EIN STOFF FÜR DIE EWIGKEIT?

Neue Verpackungen aus Plastikmüll herstellen klingt toll. Warum aber Recycling nicht alle Probleme löst, ist Thema des Gesprächsabends am 29.11.2021 um 18 Uhr, Zoom-Link unter www.BUND-Berlin.de/plastik-recycling

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V.
Crellestr. 35
10827 Berlin
www.BUND-Berlin.de
und

Landesverband Brandenburg e.V.
Mauerstraße 1
14469 Potsdam
www.BUND-Brandenburg.de

KONTAKT

Tel. 030 787900-0
E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de
www.BUNDzeit.de

REDAKTION

Sebastian Petrich (sp)
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Meinung des BUND wieder.

MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42
anzeigen@BUNDzeit.de

DRUCK

Möller Druck und Verlag GmbH
www.moellerdruck.com

GESTALTUNG

sujet.design
www.sujet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

AUFLAGE

30.000
Gedruckt auf UltraMag Plus Silk, 100 % Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Anfang Februar 2022. Anzeigenschluss ist der 17. Dezember 2021.

SPENDENKONTO

BUND Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE 51 1002 0500 0003 2888 00
BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg
GLS Bank
IBAN:
DE 24 4306 0967 1153 2782 00
BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftssteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de



HANDYS SPENDEN, ROHSTOFFE RETTEN

81 Prozent der Menschen in Deutschland besitzen (mindestens) ein Smartphone. Laut einer aktuellen Studie des Fraunhofer-Instituts nutzen 35 Prozent der Smartphone-Besitzer*innen ihr Gerät zwei Jahre oder länger. 12 Prozent besorgen sich nach sechs Monaten und weitere 17 Prozent nach spätestens einem Jahr ein neues Gerät.

Die große Gier nach neuen Smartphones befeuert die Nachfrage nach seltenen Rohstoffen, deren Gewinnung allzu oft mit miesen Arbeitsbedingungen und Naturzerstörung zum Beispiel in der Demokratischen Republik Kongo oder in China einhergeht: Metalle wie Kobalt, Wolfram und Tantal, Seltene Erden wie Neodym und Cer. Sie alle sollten so effizient genutzt werden wie möglich. Doch gerade daran hakt es gewaltig. 206 Millionen ausrangierte Handys liegen ungenutzt bundesweit in Haushalten herum, vor drei Jahren waren es erst 124 Millionen.

Deshalb heißt es jetzt, das nächste Modell gebraucht kaufen und – so vorhanden – nicht genutzte Telefone verkaufen, verleihen oder verschenken, schließlich sind längst nicht alle ausrangierten Geräte defekt oder hoffnungslos veraltet. Aber was tun, wenn niemand das alte Smartphone haben will oder es sich nicht reparieren lässt? Dann sollten seine Bestandteile unbedingt ins Recycling gehen. Auch der BUND nimmt alte Smartphones entgegen, lässt aber vor dem Recycling deren Wiederverwendbarkeit prüfen. Daher unsere Bitte:

Geben Sie uns Ihre ungenutzten Geräte!

Sie können uns Smartphones mit der Post schicken, im BUNDladen abgeben oder im Briefkasten vor der Ladentür einwerfen. Wichtig: Bitte nur ein Ladegerät pro Handy. BUND Berlin, Crellestraße 35, 10827 Berlin



ABFÄLLE & RESSOURCEN IN ZAHLEN

Abfallaufkommen in Deutschland 2018 ...

... in Millionen Tonnen:	417
darunter	
... Abbruch- und Bauabfälle, in Millionen Tonnen:	228
... Abfälle aus Produktion und Gewerbe, in Millionen Tonnen:	55
... Siedlungsabfälle, in Millionen Tonnen:	50

Die Siedlungsabfälle bestehen aus ...

... Restmüll, in Prozent:	30
... Papier/Pappe, in Prozent:	17
... Wertstoffe und Verpackungen aus Kunststoff und Metall, in Prozent:	12
... Gartenabfälle, in Prozent:	12
... Abfälle aus Biotonnen, in Prozent:	10
... Sperrmüll, in Prozent:	6
... Altglas, in Prozent:	6
... Sonstiges, in Prozent:	5
... Elektrogeräte, in Prozent:	2

Durchschnittliche Nutzungsdauer von ...

... Smartphones, in Jahren:	2,7
... Laptops, in Jahren:	4,2
... Wasserkochern, in Jahren:	5,4
... Fernsehgeräten, in Jahren:	9,6
... Waschmaschinen, in Jahren:	10,1

Was Verbraucher*innen tun, wenn ihr Smartphone kaputtgeht ...

... ein neues kaufen, in Prozent:	71
... eine Reparatur beauftragen, in Prozent:	11
... eine nahestehende Person um Hilfe bitten, in Prozent:	8
... nach einem gebrauchten Ersatzgerät suchen, in Prozent:	7
... versuchen selbst zu reparieren, in Prozent:	2
... ohne das Gerät auskommen, in Prozent:	1

Wie viele der nicht mehr genutzten Geräte EU-weit eingesammelt werden ...

... Haushaltsgroßgeräte, in Prozent:	52,7
... Unterhaltungselektronik, in Prozent:	14,6
... Haushaltskleingeräte, in Prozent:	10,1

Von den ausrangierten Elektroaltgeräten ...

... werden in Deutschland eingesammelt (2019), in Prozent:	44,3
... müssen nach EU-Recht eingesammelt werden, in Prozent:	65

Elektrogeräte wurden 2019 ...

... in den Verkehr gebracht, in Millionen Tonnen:	2,59
... als Altgeräte eingesammelt, in Millionen Tonnen:	0,94

Plastikmüll in Deutschland aus haushaltsnahen und gewerblichen Bereichen (2017) ...

... in Millionen Tonnen:	5,20
davon	

... geht sofort in die Müllverbrennung, in Millionen Tonnen: **3,15**

... geht in die stoffliche Verwertung, in Millionen Tonnen: **2,02**

von der stofflichen Verwertung

... geht zum Recycling ins Ausland, in Millionen Tonnen: **0,71**

... geht als Input in Recyclinganlagen, in Millionen Tonnen: **1,26**

vom Input in die Recyclinganlagen

... geht als Ausschuss in die Müllverbrennung, in Millionen Tonnen: **0,35**

... kommt als Rezyklat heraus, in Millionen Tonnen: **0,90**

Quellen: Umweltbundesamt, Hipp/Jaeger-Erben/Frick: Nutzungsdauern elektronischer Geräte zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Ergebnisse einer Repräsentativerhebung zu lebensdauerrelevanten sozialen Praktiken von Nutzer*innen in Deutschland. OHA-Papers 1/2021, Eurostat (2020) via Europäisches Parlament, Bundesumweltministerium, Heinrich-Böll-Stiftung/BUND: Plastikatlas



ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Einfach online ausfüllen: www.mithelfen.net – oder den nachfolgenden Coupon nutzen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitgliedschaft (ab 60€)
 Einzelmitgliedschaft ermäßigt (ab 24€)
 Familienmitgliedschaft (ab 72€)

Tragen Sie nachfolgend bitte Namen und Geburtsdatum Ihrer Familienmitglieder ein:

Name Partner*in: Geb.-Datum:

Name 1. Kind: Geb.-Datum:

Name 2. Kind: Geb.-Datum:

(Namen und Geburtsdatum von weiteren Kindern bitte unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift per E-Mail nachmelden: service@bund.net)

Lebenszeitmitglied (einmalig ab 1.500€)

Vorname/Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Geb.-Datum (TT.MM.JJJJ):

E-Mail:

Telefon (optional):

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich

bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Kontoinhaber*in:

IBAN (oder Konto-Nr.):

BIC (oder Bankleitzahl):

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)

Hinweise:

1. Durch Ihre Unterschrift werden Sie Mitglied des BUND (Bundesverband) und erteilen diesem ein SEPA-Lastschriftmandat, mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Mitgliedschaft ist jederzeit satzungsgemäß und ohne Angabe von Gründen kündbar. Gläubiger-ID: DE34 2220 0000 1038 26.

2. Mit Ihrer Mitgliedschaft im Bundesverband sind Sie i.d.R. zugleich Mitglied des BUND-Landesverbands Ihres Wohnortes.

3. Ihre Daten werden gem. Art. 6 Abs. 1 lit. B DSGVO ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die Nutzung erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Dieser Nutzung können Sie jederzeit widersprechen. Unter der nachfolgend genannten Adresse erreichen Sie auch den Datenschutzbeauftragten des BUND. Eine ausführliche Erklärung zum Datenschutz finden Sie unter www.bund.net/datenschutz

Bitte senden Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) / Friends of the Earth Germany • Kaiserin-Augusta-Allee 5 • 10553 Berlin
So erreichen Sie unseren BUND-Mitgliederservice: Fon: +49 30 275 86-111 • Fax: +49 30 275 86-440 • E-Mail: service@bund.net